



Projekt Kinderrathaus

Jugendgemeinderätin
Ana Stevanović
Auf der Burg 3
72074 Tübingen
kinderrathaus@web.de

Tübingen, den 17.4.2009

Antrag des Jugendgemeinderats zur Einrichtung einer konstanten Mitsprachemöglichkeit für Kinder

Begründung

Die Kinder in Tübingen fordern Partizipationsmöglichkeiten bei kinderrelevanten Themen. Das ergab die Sitzung des Ersten Tübinger Kinderrathauses am 13. März 2009, an der rund 130 Dritt- und Viertklässler teilnahmen. Kindermeinungen werden oftmals übersehen, da Erwachsene andere Interessen haben und daher anders entscheiden als es Kinder tun. Daher wünschen sich die Kinder, dass ihnen von der Stadtverwaltung Tübingen eine Möglichkeit gegeben wird, sich an Entscheidungen sowie Planungsprozessen beteiligen zu können. Als Initiator des Kinderrathauses und als Vertreter aller Jugendlichen in Tübingen, zu denen auch die Kinder gehören, unterstützt der Jugendgemeinderat diesen Wunsch und fordert die Einrichtung einer konstanten Partizipationsmöglichkeit für Kinder im Grundschulalter.

Vorschläge zur Umsetzung, gesammelt am Treffen zur Auswertung des Projekts Kinderrathaus vom 2.4.

- Institutionelle Kinderpartizipation, in Form eines regelmäßig tagenden Gremiums: dies gewährleistet eine konstante Beteiligung von Kindern bei politischen Entscheidungen.
Ein Beispiel für institutionelle Kinderpartizipation ist ein „Kinderschulgemeinderat“: die Schulen schließen sich zusammen und senden Abgeordnete in ein Gremium.
- Projektbezogene Kinderpartizipation, z.B.
 - die Weiterführung des Kinderrathauses
 - Mitarbeit der Kinder in einer spezifischen Planungsgruppe zur Einbringung ihrer Ideen und Mitarbeit bei sie betreffenden Projekten
- Der Gemeinderat und die Schulen können Mentorinnen und Mentoren der Kinder stellen, die sie beraten und unterstützen.

Vorschlag zur Vorgehensweise

Die Durchführung des Ersten Tübinger Kinderrathauses war von uns als Bildungs- und Partizipationsprojekt jüngerer Kinder gedacht. Wir haben nach Verlauf des Projekts ein recht gutes Bild davon, wie viel Arbeit in diesem sehr sinnvollen Bereich der Beteiligung jüngerer Bürgerinnen und Bürger stecken kann. Die Umsetzung kann und darf deshalb nicht vom Jugendgemeinderat getragen werden. Der Jugendgemeinderat beauftragt die Stadtverwaltung um Prüfung, inwiefern eine konstante Mitsprachemöglichkeit für Kinder eingeführt und professionell getragen werden kann.

Auf Vorschlag von OB Palmer bitten wir um kindgerechte Antworten, damit die Ergebnisse direkt an die Schulen weitergeleitet werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Charlotte Jautz

Charlotte Jautz
Jugendgemeinderat Tübingen

Ana Stevanović

Ana Stevanović
Jugendgemeinderat Tübingen